

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Unterbezirk Kassel-Stadt am 17.02.2016 in einem Brief an den Schulelternbeirat versucht die Eltern der von der Liniennetzreform betroffenen Schulen gezielt einzuschüchtern.

"Es wird behauptet, dass sich das Bündnis Nahverkehr für Kassel mit einem Demonstrationsaufruf ganz gezielt an die Kasseler Bevölkerung und die Elternbeiräte der Kasseler Schulen richtet. Das Bündnis würde die angedachte Linienstrukturreform der Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) kritisieren", was sie de Facto ja auch bewusst tut als betroffene Bevölkerungsgruppe, meint Matthias Holl, selbst Elternsprecher an der Johann-Amos-Commenius Schule.

Die SPD möchte mit Ihrem Schreiben über den Planungsstand der Linienstrukturreform informieren und offenlegen, welche Motivation teilweise hinter dem Demonstrationsaufruf steckt.

„Der Brief ist eine Frechheit, zeigt er doch wie wenig die Sorgen der Eltern berücksichtigt werden. Hätte sich die SPD mit der Zusammensetzung des Bündnisses näher befasst, würde sie wissen, dass die Eltern darin eine tragende Rolle spielen“, so Dagmar Figge.

Das Bündnis Nahverkehr und die darin aktiven Elternbeiräte fühlen sich durch den Brief in Ihrem Anliegen für nicht ernst genommen.

Es wird gefragt, warum zum jetzigen Zeitpunkt zu einer Demonstration aufgerufen wird, obwohl überhaupt noch nicht klar ist, wie die überarbeitete Fassung der Linienstrukturreform aussehen wird?

„Als Bürger hat man in einer Demokratie das Recht, eine breite Öffentlichkeit für ein wichtiges Thema aufmerksam zu machen“ so Medienpädagogin Susanne Holbein, deren Familie selbst betroffen ist von der Reform.

Die KVG hatte alle Kasselerinnen und Kasseler am Samstag, 4. Juli 2015 auf den Friedrichsplatz eingeladen, um Ihren Entwurf der Liniennetzreform vorzustellen.

In der lokalen Presse wurde über die geplante Reform durch die Berichterstattung über einzelne Stadtteile ab den Sommerferien begonnen.

„Rücksprachen mit Eltern haben jedoch vermittelt, dass die Stadteilübergreifenden Konsequenzen den betroffenen Eltern und Schülern gar nicht richtig bewusst waren“ meint Matthias Holl.

Verbände wie Umwelthaus Kassel, BUND, VCD und die Initiative Nahverkehr für Alle oder die Kulturinitiative Harleshausen sind mit Ihrer Kritik mehrfach an die Öffentlichkeit gegangen.

Im SPD Brief wird gefragt, ob die Initiatoren der Demonstration bzw. des Bündnisses für Nahverkehr entweder mehr wissen oder davon ausgehen, dass die Reformpläne so bestehen bleiben?

„Seit Wochen hatte man versucht von der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung aus SPD und B90/Die Grünen ein klares Signal zu erhalten, die sich in der Stadtverordnetenversammlung und jüngst im Eingabeausschuss jedoch immer hinter der KVG mit Hinweis auf die Überarbeitung versteckt hatten. „Die SPD hat nun ein klares Statement abgegeben – und zwar in einem Brief an die Elternbeiräte,“ so die ebenfalls betroffene Mutter Susanne Fley.

Sämtliche Fraktionen wurden um schriftliche Stellungnahmen über die aktuelle Entwicklung zur KVG Netzreform gebeten.

Die Antwort der SPD Fraktion Kassel am 11.02.2016 steht nun im völligen Widerspruch zur Diskreditierung des Bündnisse für Nahverkehr im jetzigen Brief vom 17.02.2016.

Im Brief vom 17.02.2016 wird behauptet, dass die Antworten auf die Fragen nicht sofort auf der Hand liegen, jedoch offensichtlich werden, wenn man etwas genauer hinschaut. Einige Initiatoren des Bündnisses für Nahverkehr würden in Kassel zeitgleich für verschiedene Parteien für die Kasseler Stadtverordnetenversammlung kandidieren. Sie würden versuchen, eine Woche vor der Kommunalwahl am 06. März 2016 öffentlich Stimmung gegen die aktuelle Rathausmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu machen, indem sie deren Verkehrspolitik an den Pranger stellen. Hierbei würden Sie versuchen, die Elternbeiräte und die Öffentlichkeit bewusst für ihre wahltaktischen Überlegungen zu instrumentalisieren.

Hier wird der Demokratiedanken und das Bürgerengagement in Frage gestellt. Als Elternsprecher lassen wir uns nicht vorschreiben, mit welchen Initiativen wir beim Bündnis für Nahverkehr zusammen arbeiten. Zum Erreichen einer breiten Öffentlichkeit und zur Verteilung der Lasten bei einer Demonstrationsorganisation macht es durchaus

Sinn, die Kräfte aller Initiativen gegen die geplante KVG Netzreform zu bündeln und gemeinsam erfolgsorientiert zum Ziel eines zukunftsorientierten Nahverkehrs zu kommen.

Richtig ist, dass es am 11.11.2015 eine Infoveranstaltung in Niederzwehren gab, wo Bürger, Eltern, Schüler, Elternsprecher, Stadtelternbeirat, Aktive Ehrenamtliche aus Sportvereinen, ... über die geplante KVG Netzreform informiert haben bzw. wurden und zu der die KVG eine Diskussionsbeteiligung abgesagt hat.

Aus dieser Infoveranstaltung hat sich eine Initiative „Für den Erhalt der Buslinien 12, 24 und 27“ hervorgetan, die später zusammen mit anderen Initiativen zum Bündnis „Nahverkehr für Kassel“ verschmolzen wurde, um in der Politik stärker Gehör für die Nahverkehrsinteressen zu erhalten.

Einige der nachfolgenden „Fakten“ wurde den Elternbeiräten aufgelistet:

- Das bisherige Konzept sieht eine deutliche Änderung der Linienführung und der Nummerierung des Busverkehrs vor. Das entspricht einer Neuordnung, keiner Streichung! Dabei wird nach einer Analyse an den Taktungen gearbeitet, Alternativen wie AST bereitgestellt und das Angebot insgesamt ausgeweitet
- In manchen Fällen wird es Einsatzbusse geben sowie Buslinien durch ein erhöhtes Angebot der Tram ausgeglichen.
- Eine Senkung der Fahrpreise hätte zur Folge, dass entweder Angebote eingeschränkt werden müssten, der die Stadt Kasse die Subventionierungen des ÖPNV erhöhen müsste. Momentan beläuft sich dies auf 25 Millionen Euro im Jahr. Sollten der Zuschuss erhöht werden müssen müssten an anderer Stelle z.B. bei der Kinderbetreuung gespart werden.

Besonders der letzte Punkt grenzt an eine Unverschämtheit. Eine gute Verkehrsanbindung für Schüler gegen Leistungen in der Kinderbetreuung gegenseitig auszuspielen, welches jeweils die gleiche Zielgruppe betrifft, ist weit von Bürgernähe und Familienpolitik entfernt.

Hinzu kommt, dass man anscheinend die eigene Faktenlage nicht kennt.

Planzahlen des 2. Nachtrags zum derzeit gültigen Konsolidierungsvertrag (siehe Magistratsvorlage 101.17.1511, von der StaVo beschlossen am 15.12.2014) nennen einen 'Substanzerhaltungsbeitrag' von 23,4 Millionen Euro. Davon kommen aber nur

6,8 Mio. Euro aus der Stadtkasse. Die restlichen 16,6 Mio. Euro werden aus den Gewinnen der Städtischen Werke und des MHKW ausgeglichen. Diese Gewinne resultieren aus den Zahlungen der Kunden an die STW und der Einwohner (indirekt über die Stadtreiniger) an das MHKW. Dass die Gewinne der STW die Verluste der KVG ausgleichen ist vernünftig und so gewollt. Das heißt im Umkehrschluss, dass mit jeder verbrauchten KWh Strom und mit jeder Mülltonne diese Subvention durch den Bürger der Stadt Kassel bezahlt werden.

Das Bündnis „Nahverkehr für Kassel“ wird sich auch weiterhin mit der Thematik beschäftigen und lässt sich in Ihrer Arbeit durch keine parteipolitischen Zwänge beeinflussen.